

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Hauptausschusses der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 6. April 2017

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

- Anwesend: Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender
- Stadträtinnen und Stadträte: Bachmann-Ade, Bernnat (als Vertretung Schlecht), Claassen, Cyperrek, Herzog, Heuer, Höfler, Krämer, Kurfeß, Lusche (ab 17.40 Uhr), Martin, Pichlhöfer, Roßkopf, Salinas de Huber, Simon, Wernthaler (als Vertretung Salach)
- Entschuldigt: Salach, Schlecht
- Ferner: Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger
Fachbereichsleiterin Buchauer
Fachbereichsleiterin Dr. Held (bis 19.05 Uhr)
Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić
Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer
Fachbereichsleiter Bühler (ab 17.40 Uhr)
Fachbereichsleiter Dullisch
Fachbereichsleiter Frick (ab 17.55 Uhr)
Fachbereichsleiter Kleinmagd
Geschäftsführerin Ziegler-Jung (bis 19.05 Uhr)
Betriebsleiter Droll (ab 17.40 Uhr)
Komm. Fachbereichsleiterin Eyhorn (bis 18.10 Uhr)
Stellv. Fachbereichsleiterin Kovac (bis 18.10 Uhr)
Personalratsvorsitzende Sambale-Lebus
Frau von Rudorff, Baurecht (bis 19.05 Uhr)
Herr August, Musikschulleiter (ab 17.55 Uhr)
Herr Ebner, WFL (bis 19.05 Uhr)
- Urkundspersonen: Stadträtin Herzog und Stadtrat Simon
- Schriftführung: Frau Heinze und Herr Ockenfuß (bis 18.30 Uhr)
- Beginn: 17.30 Uhr
- Ende: 19.30 Uhr

Der Vorsitzende begrüßt die anwesenden Mitglieder des Hauptausschusses, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Vertreter der Presse und verweist vor Eintritt in die Tagesordnung auf die Entscheidung des Kreistags zum Bau des neuen Zentralklinikums des Landkreises in Lörrach. Die Entscheidung sei mit 42 zu 9 Stimmen für Lörrach eindeutig ausgefallen. Das Verfahren sei indes nicht einfach gewesen. Das jetzt feststehende Ergebnis musste hart erarbeitet werden. Hier können die Stadt und auch die Verwaltung stolz auf sich sein. Es werde auch weiterhin viel Zeit in die Thematik investiert werden müssen, sei es hinsichtlich der Bundesstraße 317, der Landstraße 138 oder der Regio-S-Bahn.

Stadträtin Kurfeß wolle der Verwaltung von Seiten des Gemeinderats danken. Die Verwaltung habe eine gute Arbeit geleistet, welche sich nun auszahle.

TOP 1

Unterbringung und Betreuung der zugewiesenen Flüchtlinge in Anschlussunterkünften

Vorlage: 039/2017

Der Vorsitzende führt in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erläutert, dass das wichtige Thema der Flüchtlingsunterbringung primär im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales behandelt werde, nun aber, aufgrund der Schaffung von zusätzlichen Stellen für Hausmeister, auch im Hauptausschuss vorberaten wird. Die Fläche auf dem Füssler-Areal falle für die Regio-Messe weg, da hier ein möglicher Standort für die Anschlussunterbringung vorgesehen sei. Es gebe jedoch auch weitere mögliche Standorte, wie beispielsweise den Standort Neumatt-Brunnwasser, den man prüfen wolle. Insgesamt wolle die Verwaltung hierzu nochmals berichten.

Stadtrat Lusche gibt an, dass das Thema Integration gerade personell, aber auch finanziell eine kommunale Herausforderung sei. Die Unterstützung durch das Land ist bei weitem nicht auskömmlich. Dies zeige sich nun hinsichtlich der Thematik Wohnen, werde sich aber bei den Themen Betreuung, Schule und bei weiteren Themen fortsetzen, was zu erwarten gewesen sei. Das Thema werde die Stadt noch eine ganze Weile beschäftigen.

Stadtrat Bernnat betont, dass die Verwaltung auch an dieser Stelle großes Lob verdiene. Auch bei der Vorbereitung dieser Entscheidungen seien große Kapazitäten gebunden. Die Fraktion der SPD wolle allen, in diese Richtung gehenden Vorlagen zustimmen. Sowohl die Unterbringung der Menschen, als auch deren Integration seien keine einfache Aufgabe. Man müsse sich um die Menschen kümmern, unabhängig von der Unterstützung von Bund und Land.

Stadträtin Kurfeß befindet, dass die Stadt sich intensiv um die Menschen kümmern und die Integration der Menschen vorantreiben müsse. Man habe gewusst, was auf die Stadt zukomme. Dem Lob an die Verwaltung wolle sie sich anschließen. Lediglich wohnungspolitisch hätte der momentanen Schieflage rechtzeitig entgegengesteuert werden müssen.

Die Entwicklungen am Füssler-Areal müssten indes intensiv begleitet werden. Die Fraktion der Grünen wolle der Vorlage zustimmen.

Stadtrat Claassen bedankt sich für die Vorlage und verliest die Stellungnahme der Fraktion der Freien Wähler (Anlage 1). Man müsse sich nun mit dem Thema Anschlussunterbringung auseinandersetzen. Der Füssler-Standort sei für ihn jedoch nicht ideal, da es dort viele Menschen gebe, die dort lediglich kommen und gehen würden, weil sie Veranstaltungen, beispielsweise der Messe Lörrach, besuchten. Es sei nicht richtig, wenn angenommen werde, dass es sich bei den Parkplätzen vor Ort um öffentliche Parkplätze handle. Diese Parkplätze würden alle dem „Impulsiv“ gehören. Außerdem befinde sich das Füssler-Areal in einer Wasserschutzzone II. Es werde unterdessen von der Messe Lörrach genutzt und die Parkplätze, welche im Rahmen der Messe genutzt werden, gehören der Lauffenmühle. Es gebe vor Ort keinen einzigen öffentlichen Parkplatz. Im Winter seien alle Parkplätze komplett ausgelastet. Dies werde von dem Eigentümer lediglich geduldet. Konsequenz könnte indes sein, dass der Eigentümer den Parkplatz künftig bewirtschaftet. Ursprünglich sei für das Füssler-Areal eine mehrteilige Nutzung angedacht gewesen. Er könne sich hier beispielsweise die Endhaltestelle der Tram nach deren Verlängerung vorstellen, aber auch eine Park+Ride-Anlage. Parkplätze seien wichtig, da diese beispielsweise im Zentrum abgebaut werden, beispielsweise auf dem Areal Conrad. Am Standort Füssler-Areal sei eine völlig andere Entwicklung notwendig. Es müsste beispielsweise eine Bebauung mit Parkdecks oder mit Wohnraum geprüft werden. Außerdem müssten bestehende Abstände zur Bahnlinie geprüft werden. Mögliche Investoren seien überdies vorhanden. Das Füssler-Areal dürfe nicht für Flüchtlinge, sondern müsse anderweitig genutzt werden. Aus städtebaulicher Sicht würden sich viele Perspektiven hierfür ergeben. Er sehe eine andere Fläche für die Unterbringung von Flüchtlingen prädestiniert. Diese Fläche befinde sich hinter dem Areal der Lauffenmühle in Richtung Hofmatt. Diese Fläche befinde sich zwar im Eigentum der Firma Lauffenmühle, jedoch sei an diesem Standort eine Integration der Menschen aus verschiedenen Gesichtspunkten sehr viel besser und einfacher, auch wenn diese Fläche in einem Gewerbegebiet liege. Eine Unterbringung der Flüchtlinge sei sicherlich möglich. Er selbst und die Fraktion der Freien Wähler wollen sich dafür einsetzen, dass das Füssler-Areal aus der Vorlage herausgenommen wird.

Der Vorsitzende gibt an, dass die verschiedenen möglichen Standorte nochmals sondiert werden sollen. Es werde nochmals eine verwaltungsinterne Diskussion geben und dann werde das Ergebnis nochmals dem Gemeinderat vorgelegt.

Stadträtin Kurfeß bekräftigt, dass die Anschlussunterbringung jetzt eingerichtet werden müsse. Es dürfe nicht bei jedem möglichen Standort eine Diskussion, was man auf einem bestimmten Areal sonst noch alles machen könnte, geführt werden, wie es sie zu Beginn der Debatte vor zwei Jahren gegeben habe. Die Standorte müssten vorab geprüft und dann öffentlich diskutiert werden.

Stadtrat Bernnat verweist darauf, dass man nun zunächst Stellen für Hausmeister schaffen wolle und dann zu einem anderen Zeitpunkt über den Standort diskutieren könne.

Stadtrat Lusche wolle Stadträtin Kurfeß widersprechen. Man peile durch die Ziffer 1 des Beschlussvorschlages sehr wohl den Standort Füssler-Areal an. Schließlich verabschiede man ein Konzept. Man dürfe nicht auf Sicht fahren und müsse alle Optionen von Anfang an prüfen. Mit den Betroffenen von Entscheidungen müsse in angemessener Weise gesprochen werden. Man dürfe keine Entscheidung in Eile treffen.

Der Vorsitzende sagt, dass alle Standorte geprüft werden sollen.

Stadtrat Pichlhöfer verweist auf eine weitere mögliche Fläche zwischen Haagen und Hauingen.

Im Folgenden äußert sich der Bürger Herr Bucher zu der Vorlage. Er spricht sich hierbei gegen den Standort Füssler-Areal aus.

Der Vorsitzende hält eine Abstimmung für nicht sinnvoll und verspricht eine Nachbesserung der Beschlussvorlage.

TOP 2

Sachstand Gewerbeflächenentwicklungskonzept - mündl. Bericht

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und begrüßt Geschäftsführerin Ziegler-Jung und Herrn Ebner von der Wirtschaftsförderung Lörrach GmbH.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung und Herr Ebner stellen sodann anhand einer Präsentation den Sachstand zum Gewerbeflächenentwicklungskonzept dar (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht. Für den Autoreisezug gebe es nun zwei Betreiber. Zwar habe man verschiedene Pläne, Ideen und Wünsche hinsichtlich des Areals entwickelt, beispielsweise ein Parkhaus oder ein zweiter Standort für das Landratsamt, allerdings werde man hier von der Realität eingeholt. Mit verschiedenen Grundstückseigentümern führe man Gespräche, man könne diese aber unter anderem ob der aktuellen Zinslage kaum zu Grundstücksveräußerungen bewegen. Es gelte Artikel 14 des Grundgesetzes, welcher privates Eigentum unter Schutz stelle.

Stadträtin Kurfeß bedankt sich für die hohe Geschwindigkeit, mit der das Konzept und auch die Entwicklung des Gewerbegebietes Brombach-Ost vorangetrieben werden. Der Bereich der Schwarzwaldstraße sei nicht gerade das schönste Eingangstor in die Stadt, hier seien indes schon sehr unterschiedliche, teils kuriose Ideen entwickelt worden - bis hin zur Entwicklung eines kleinen Naherholungsgebietes. Zwar werde in der Stadt über zu wenig Wohnraum geklagt, in der Schwarzwaldstraße halte sie jedoch ein Mischgebiet für richtig. Man müsse aufpassen, dass nicht zu viel Wohnraum entstehe, da dieser nicht mit dem umliegenden Gewerbe vereinbar sei.

Stadträtin Cyperrek spricht der Verwaltung ein Lob für die strukturierte Vorgehensweise aus. Hinsichtlich des Gebietscharakters der Schwarzwaldstraße sehe sie noch Diskussionsbedarf.

Stadtrat Claassen fragt, wie viele Gespräche mit Firmen bereits geführt worden seien. Er nehme an, dass die Akquise von weiteren aktivierbaren Gewerbeflächen nicht einfach sei. Er könne sich im Bereich Güterbahnhof auch weiterhin ein Parkdeck vorstellen. Er habe Verständnis dafür, dass Frau Ziegler-Jung nach dem Wegfall des Gewerbestandortes Entenbad-Ost zunächst untröstlich gewesen sei. Dafür bekomme die Stadt jetzt jedoch das Klinikum und habe immer noch ein neues Gewerbegebiet, nämlich Brombach-Ost. Die Stadt befinde sich auf einem guten Weg.

Geschäftsführerin Ziegler-Jung erklärt, dass durch die Verwaltungsspitze selbst mehrere Gespräche hinsichtlich des Güterbahnhofs geführt worden seien. Die Wirtschaftsförderung kenne mittlerweile sämtliche aktivierbare Flächen im Stadtgebiet und führe regelmäßig Gespräche mit den Eigentümern über die Verwertungsabsichten, beispielsweise im Gewerbegebiet Entenbad.

Der Vorsitzende bestätigt, dass man hinsichtlich des Güterbahnhofes mehrfach mit der Bahn gesprochen habe. Die Verwaltung wolle insgesamt nochmals zur Thematik berichten.

TOP 3

Flächenmanagement: Sachstandsbericht Dezember 2016

Vorlage: 029/2017

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Fachbereichsleiterin Dr. Held verweist auf die Ausführungen der Beschlussvorlage und gibt einen Sachstandsbericht zum Flächenmanagement. Sie erklärt, dass die Baulücken mit Ausnahme derer im Bereich der Gewerbeflächen stetig abnehmen und sich die freien Wohnbauflächen verringern. Des Weiteren informiert sie, dass das Aufgabengebiet des Flächenmanagements künftig beim Fachbereich Stadtentwicklung und Stadtplanung angesiedelt sein werde und man den Auskunftsservice über die Besitzer von Baulücken einstelle.

Stadtrat Lusche nimmt den Bericht zur Kenntnis. Bei dem Thema handle es sich um eine langsame Entwicklung, an der man dranbleiben müsse.

Stadträtin Cyperrek spricht den Fall an, wenn die Eigentümer großer Wohnbauflächen diese nicht verkaufen wollen und hierdurch Baugebiete blockieren, und fragt, ob die Stadt dann Enteignungen für denkbar halte.

Stadtrat Pichlhöfer schlägt vor, den Eigentümern als Gegenwert und Zugeständnis Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Fachbereichsleiterin Dr. Held nimmt zum Instrument der Enteignung Stellung. Hierfür müsse es einen ausgewiesenen Grund haben. Eine Umlegung könne alternativ in Betracht kommen.

Sodann nimmt der Hauptausschuss vom Sachstandsbericht des Flächenmanagements, Stand Dezember 2016, Kenntnis.

TOP 4

Areal "Weberei Conrad"

- Erschließung und weitere öffentliche Tiefgaragenstellplätze

Vorlage: 037/2017

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und berichtet, dass im Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales über die Erschließung über die Bergstraße sowie die Stellplatzanzahl auf der Fläche diskutiert worden sei.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić teilt mit, dass die Anzahl der jetzigen Stellplätze von Stadtrat Escher angezweifelt worden sei und zudem gewünscht wurde, die Städtische Wohnungsbaugesellschaft anzufragen, zu welchen Konditionen zukünftig zusätzliche Stellplätze in der Tiefgarage für die Anwohnerinnen und Anwohner angeboten werden können. Sie geht in einer Präsentation (Anlage 3) hierauf ein und berichtet von 365 bis 430 exemplarisch gezählten Fahrzeugen. Es sei unbestritten, dass im Zuge der Bebauung des Conrad-Areals Stellplätze wegfallen werden. Da hier auch viele Berufstätige aus der Innenstadt parken, müsse am Thema Park+Ride gearbeitet werden. Man habe zudem mit der Wohnbau gesprochen - es sei denkbar, dass von den künftigen Bewohnern nicht in Anspruch genommene Stellplätze anderweitig vermietet würden. Sie stellt die Kostensituation für Tiefgaragenstellplätze dar. Die kalkulierten Mietkosten seien nicht von Dauerparkern zu generieren. Aufgrund der Unwirtschaftlichkeit schlage man vor, keine zusätzlichen öffentlichen Tiefgaragenstellplätze zu errichten.

Der Vorsitzende gibt im Falle von Vergleichen zu bedenken, dass dort ggf. eine andere Sach- und Rechtslage oder eine Mischkalkulation zugrunde liegen. Des Weiteren könne man sich nicht auf unverbindliche Zusage oder Interessensbekundungen der Anlieger stützen.

Stadtrat Lusche äußert, dass er zur angedachten Erschließungssituation keine Bedenken habe, aber eine immense Zahl an Stellplätzen wegfallen. Ungeachtet des ÖPNV-Ausbaus bedürfe es einer auskömmlichen Stellplatzanzahl in der Innenstadt. Hier müsse drangeblieben werden.

Stadträtin Cyperrek dankt für die Vorlage zum Vorzeigeprojekt Conrad-Areal. Zu den benannten Kritikpunkten sehe sie keine Alternativen. Die Stadt habe zudem wichtigere Aufgaben als die Subvention von Stellplätzen. Entsprechend den Ausführungen solle nach Alternativen gesucht, das Thema Park+Ride schnellstmöglich angegangen und die ÖPNV-Verbindung zum Kandertal verbessert werden.

Stadtrat Wernthaler erklärt seine Zustimmung zur Beschlussvorlage, jedoch vermisse er die Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes zur Reduzierung des Verkehrs in der Innenstadt. Zudem müsse die Bedeutung der Bergstraße städteplanerisch beleuchtet werden.

Stadtrat Claassen bedankt sich für die Präsentation und die weiteren Erläuterungen. Er gibt an, dass der Autoverkehr immer bleiben werde und er bereits Ideen für Park+Ride-Möglichkeiten eingebracht habe.

Der Vorsitzende verweist auf die Frage, wie sich die Mobilität in Zukunft entwickeln werde. Daher müsse man sich zunächst auf das Machbare wie Carsharing und die ÖPNV-Förderung konzentrieren. Konkret müsse man an der Förderung der Regio-S-Bahn und der Situation der B 317 arbeiten.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

1. Die Erschließung des Areals „Weberei Conrad“ soll auch zukünftig über die Bergstraße erfolgen.
2. Auf dem Areal „Weberei Conrad“ werden keine zusätzlichen öffentlichen Tiefgaragenstellplätze errichtet.

TOP 5

Luisenstraße 7 und 9, Umbau für Kindergarten und Musikschule

- Planung und Kostenberechnung

Vorlage: 035/2017

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Er spricht sich dafür aus, dass die erworbenen Gebäude einer Nutzung zugeführt werden und man den ersten Bauabschnitt realisiere.

Fachbereichsleiterin Buchauer stellt dar, dass der erste Bauabschnitt die beiden Maßnahmen des Kindergartens und der Musikschule mit Kosten von 1,36 Mio. EUR umfasse.

Fachbereichsleiter Kleinmagd verweist auf die Raumnot der Hebelschule als Auslöser für den Erwerb der Gebäude und für den Umzug der Musikschule. 930.000 EUR seien für die Durchführung des ersten Bauabschnitts bereits im Haushalt eingestellt. Daher halte er die Maßnahme für vertretbar. Die Realisierung des zweiten Bauabschnitts sieht er auf absehbare Zeit als nicht finanzierbar an.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass man eine finanziell vertretbare Lösung mit Augenmaß für die Hebelschule, die Musikschule sowie den Kindergarten anstrebe. Ihm sei bewusst, dass andere Schulen auch Raumnot hätten, aber man das Gebäude vor diesem Nutzungshintergrund erworben habe. Der zweite Bauabschnitt solle zeitlich aufgeschoben werden.

Stadträtin Krämer erklärt, dass das Vorhaben noch in der Fraktion besprochen werden müsse, aber der Weg sicher mitgegangen werde. Sie bittet jedoch, die Umsetzung sowie den Überblick über alle städtischen Maßnahmen im Blick zu behalten.

Stadtrat Bernnat pflichtet bei, dass auch sinnvolle und notwendige Dinge vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung abgewogen werden müssten. Er gehe davon aus, dass auch die SPD-Fraktion dem Vorhaben zustimmen werde.

Stadtrat Wernthaler mahnt, dass die Schulen nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften.

Stadtrat Claassen sieht mit dem Vorhaben drei Problemlagen gelöst und stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Lusche verdeutlicht, dass eine schmerzhaft Prioritätensetzung geboten sei. Eine einstige Planung dürfe daher nicht maßgeblich sein, sondern müsse stets im Gesamtzusammenhang gesehen werden.

Stadträtin Kurfeß erklärt, dass mit dem Grundstückserwerb bereits das Vorhaben bestärkt und Mittel im Haushalt eingestellt seien. Dies sei bei der Haushaltskonsolidierung zudem bekannt gewesen und nicht gestrichen worden.

Fachbereichsleiter Kleinmagd berichtet, dass man aktuell erhebe und aufbereite, welche Vorhaben in der Stadt anstehen und ob diese finanziell wie personell machbar seien.

Aufgrund der noch ausstehenden Fraktionssitzungen sieht der Vorsitzende von einer Abstimmung ab.

TOP 6

Neue Gebührenordnung Stadtbibliothek

Vorlage: 031/2017

Fachbereichsleiter Frick stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Man habe ergänzend die Anregung erhalten, die Entgelte nicht direkt in der Benutzungsordnung, sondern im Anhang darzustellen, damit diese leichter geändert werden könnten. Diese Anregung wolle man aufgreifen und die Ziffer 7 der Benutzungsordnung umformulieren.

Stadträtin Roßkopf ist nicht glücklich über die Erhöhung der Nutzungsgebühren der Stadtbibliothek, hierüber habe der Gemeinderat jedoch bereits entschieden.

Sodann stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung einschl. der dargestellten Änderung zu:

Der Gemeinderat stimmt der neuen Fassung der Benutzungsordnung zu.

TOP 7

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

keine

TOP 8

Allgemeine Anfragen

keine

TOP 9

Offenlegungen

Der Hauptausschuss nimmt von nachstehender Offenlegung Kenntnis:

9.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 16. März 2017

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Herzog / Simon

Schriftführung:
gez. Heinze/Ockenfuß